

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort zur zweiten Auflage</i>	V
I Arbeitsrecht für Pflegefachpersonen	1
1 Einführung	1
2 Entstehung des Arbeitsverhältnisses	1
3 Nachweisgesetz oder wie bekomme ich mein Arbeitsverhältnis aufs Papier?	2
4 Der Weg zum Arbeitsverhältnis	3
4.1 Bewerbung	3
4.2 Vorstellungsgespräch	3
4.2.1 Kosten	3
4.2.2 Fragen im Vorstellungsgespräch	3
5 Arbeitsverträge	5
5.1 Urlaub	6
5.2 Verfallsklauseln	6
5.3 Weihnachtsgeld/Gratifikation/Zielvereinbarung	7
5.4 Stellenbeschreibung/Tätigkeitsbeschreibung/Tätigkeits- kataloge	8
5.5 Haftung bei Nichtantreten des Arbeitsverhältnisses	9
5.6 Nebentätigkeiten	9
6 Befristung	10
6.1 Befristung ohne Sachgrund auf Zeit	11
6.2 Befristung mit Sachgrund	12
6.2.1 Vorübergehender betrieblicher Bedarf	12
6.2.2 Die Vertretung eines anderen Arbeitnehmers .	13
6.3 Folgen bei Fehlern bei der Befristung	13
7 Direktionsrecht des Arbeitsgebers	14
7.1 Grundlagen des Direktionsrechts	14
7.2 Einschränkungen des Direktionsrechts	15
7.2.1 Billiges Ermessen	15
7.2.2 Gesetzliches Verbot	16
7.2.3 Interessensausgleich zwischen den Parteien ...	16
7.2.4 Arbeitsplatz im Unternehmen (z. B. Stations- wechsel)	17

	7.2.5	Zusätzliche Aufgaben (Delegation ärztlicher Leistungen)	17
	7.2.6	Arbeiten, die zum Berufsbild gehören	17
	7.2.7	Gewissensentscheidungen	18
	7.3	Gegenwehr bei rechtswidrigen Anweisungen des Arbeitgebers	20
	7.4	Änderungskündigung	21
8		Schweigepflicht (speziell im Arbeitsverhältnis)	21
9		Nicht arbeitende Arbeitnehmer	22
	9.1	Krankheit	22
	9.1.1	Arbeitsunfähigkeit/Krankheit/Entgeltfortzahlung	23
	9.1.2	Zweifel an der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	23
	9.1.3	Beweisermittlung	25
	9.1.4	Die Untersuchung nach § 275 Abs. 1 Nr. 3 SGB V	25
	9.1.5	Reaktion des Arbeitgebers bei erschütterter Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	26
	9.1.6	Wegfall des Entgeltfortzahlungsanspruchs bei Verschulden	27
	9.1.7	Krankheit im Urlaub	28
	9.1.8	„Dieselbe Krankheit“	28
	9.1.8.1	Missbrauch von Krankmeldungen	28
	9.1.8.2	Sechs-Monats-Frist	29
	9.1.8.3	Zweifelsfälle	30
	9.1.9	Ersatz von Entgeltfortzahlungskosten (Ansprüche des Arbeitgebers)	30
	9.1.10	Wegfall des Entgeltfortzahlungsanspruches	31
	9.1.11	Höhe des Entgeltfortzahlungsanspruches	32
	9.1.12	Zulagen	32
	9.2	Weitere Ausnahmefälle von der Verpflichtung zur Arbeitsleistung	33
	9.2.1	§ 616 BGB und persönliche Verhinderung an der Arbeitsleistung in vorübergehender Form	33
	9.2.1.1	Fallgruppen des § 616 BGB	34
	9.2.1.2	Ehrenamt	36
	9.2.1.3	Arztbesuch	37
	9.2.1.4	Ladungen zu Gerichten/Zeugeneinvernahmen	37
	9.2.1.5	Sonstige Tatbestände, insbesondere familiäre Ereignisse	37
10		Urlaub	38
	10.1	Anzahl der Urlaubstage	38

10.2	Unterjähriger Urlaub.....	38
10.3	Zweck des Urlaubs/Missbrauch.....	39
10.4	Verfall von Urlaub.....	40
10.5	Urlaubsgewährung – wann?.....	40
10.6	Widerruf von Urlaub.....	41
10.7	Lohnzahlung im Urlaub.....	42
10.8	Sonstiger Urlaub.....	42
11	Schwangerschaft/Mutterschaft.....	43
11.1	Information des Arbeitgebers.....	43
11.2	Kündigungsschutz bei Schwangerschaft.....	43
11.3	Beschäftigung während der Schwangerschaft.....	43
11.4	Änderung des Einsatzes der Schwangeren.....	44
11.5	Belastung des Arbeitgebers.....	45
11.6	Sonstige Einschränkungen.....	45
12	Teilzeit.....	45
12.1	Information über freie Stellen.....	46
12.2	Antrag auf Teilzeit.....	46
12.3	Verlängerung der Arbeitszeit.....	47
12.4	Brückenteilzeit.....	49
13	Geringfügige Beschäftigung.....	49
13.1	Status des Minijobs.....	49
13.2	Haftung.....	50
13.3	Berechnung Einkommen/Schwankungen.....	50
14	Mindestlohn in der Pflege.....	51
15	Arbeitszeiten und Pausenzeiten.....	52
15.1	Beginn und Ende der Arbeitszeit.....	52
15.2	Arbeitszeit, Ruf- und Bereitschaftsdienst.....	53
15.2.1	Abgrenzung Rufbereitschaft/Bereitschafts-	
	dienst.....	54
15.2.2	Vergütung von Bereitschaftsdienst und Ruf-	
	bereitschaft.....	55
15.3	Reisezeiten zu Fort- und Weiterbildungen.....	56
15.4	Maximale Arbeitszeiten.....	56
15.5	Pausen.....	57
15.6	Ruhezeiten.....	57
15.7	Nacht- und Schichtarbeit.....	57
15.8	Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen.....	58
15.9	„Holen aus dem Frei“.....	58
16	Beschäftigung und Arbeitszeiten Jugendliche.....	59
17	Weiter- und Fortbildung.....	60
17.1	Rückzahlung von Weiter-, Aus- und Fortbildungskosten.....	60
17.1.1	Art der Ausbildung.....	61
17.1.2	Vorteil für Arbeitnehmer.....	61

	17.1.3	Ordnungsgemäße Vereinbarung	61
	17.1.4	Bindung greift nur bei Grund der Kündigung beim Arbeitnehmer	63
17.2		Fort- und Weiterbildungsordnungen	64
	17.2.1	Aufgabe der Landespflegekammer am Beispiel Rheinland-Pfalz	64
	17.2.2	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen ambulante Pflege	66
	17.2.3	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen stationäre Pflege	67
	17.2.4	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen Krankenhaus	67
	17.2.5	Freiwillige Registrierung für Pflegekräfte	68
18		Schutzpflichten des Arbeitgebers	69
	18.1	Arbeitssicherheit	69
	18.2	Arbeitsmedizinische Vorsorge	70
	18.2.1	Pflichtvorsorge	70
	18.2.2	Angebotsvorsorge	70
	18.2.3	Wunschvorsorge	71
	18.2.4	Sind Eignungsuntersuchungen zulässig?	72
	18.2.5	Kann der Arbeitgeber Impfungen vorschreiben?	73
	18.2.6	Betriebsärztliche Untersuchungen und das Arbeitszeitgesetz (ArbZG)	73
	18.2.7	Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz ...	73
		18.2.7.1 Biostoffverordnung – BioStoffV ...	74
		18.2.7.2 Lastenhandhabungsverordnung (LasthandhabV)	75
		18.2.7.3 Gefahrstoffverordnung (GefStoffV).	76
	18.3	Mutterschutzgesetz/Mutterschutzverordnung	92
	18.4	Unfallverhütung	92
	18.5	Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. ...	95
	18.6	Übergriffe durch Patienten	98
	18.7	Übergriffe durch Kollegen	99
		18.7.1 Mobbing	99
		18.7.2 Sexuelle Übergriffe durch Patienten	100
		18.7.3 Sexuelle Übergriffe durch Kollegen	102
	18.8	Möglichkeiten des betroffenen Arbeitnehmers	103
	18.9	Reaktion des Arbeitgebers	104
	18.10	Nicht ausreichende Reaktion des Arbeitgebers	104
19		Missstände	105
	19.1	Überlastungsanzeige	105
	19.2	Whistleblower	107
	19.3	Hinweisgeberschutzgesetz	108

20	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	109
20.1	Die Kündigung durch den Arbeitgeber	110
20.2	Mythen um die Kündigung des Arbeitgebers	110
20.3	Grundsatz Kündbarkeit des Arbeitsverhältnisses	110
20.4	Formelle Voraussetzungen der Kündigung und Zugang .	111
20.5	Vorliegen von Kündigungsschutzgründen	113
20.6	Kündigungsschutzgesetz	113
20.6.1	Anwendbarkeit Kündigungsschutzgesetz	113
20.6.1.1	Mehr als zehn Mitarbeiter	113
20.6.1.2	Zweigstellen	114
20.7	Die Kündigungsgründe des KSchG	115
20.7.1	Personenbedingte Kündigung	116
20.7.1.1	Keine milderer Maßnahmen – Umsetzung im Betrieb	116
20.7.1.2	Krankheit	118
20.7.1.3	Erhebliche Fehlzeiten	118
20.7.1.4	Negative Prognose speziell bei Krankheit	119
20.7.1.5	Sucht/Alkohol	119
20.7.1.6	Leistungsminderung	120
20.7.1.7	Sonstige Gründe	120
20.7.1.8	Bezug auf Arbeitsverhältnis	121
20.7.1.9	Einzelfälle	121
20.7.1.10	Erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher oder wirtschaftlicher Interessen	121
20.7.2	Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	122
20.7.3	Verhaltensbedingte Kündigung	123
20.7.3.1	Verhalten des Arbeitnehmers	123
20.7.3.2	Vorsatz	124
20.7.3.3	Abmahnung	124
20.7.3.4	Beharrliches Verweigern	125
20.7.3.5	Schwere Verletzung der Pflichten . .	125
20.7.3.6	Richtige Abmahnung	126
20.7.3.7	Interessenabwägung bei Kündigung	129
20.7.3.8	Verhältnis Abmahnung – Kündi- gung – Verbrauch des Grundes	130
20.8	Außerordentliche Kündigung	130
20.8.1	Form der fristlosen außerordentlichen Kündi- gung/Frist	130
20.8.2	Wichtige Gründe	131
20.8.2.1	Tätlichkeiten	131
20.8.2.2	Beleidigungen	131

	20.8.2.3	Selbstbeurlaubung/Arbeitsverweigerung/Schlechtarbeit	131
	20.8.2.4	Geschäftsschädigendes Verhalten . .	132
	20.8.2.5	Verstöße gegen das Vermögen – Diebstahl, Betrug	132
	20.8.2.6	Telefon/Internetnutzung.	133
	20.8.2.7	Weitere Einzelfälle.	133
	20.8.2.8	Vollbeweis für die Kündigungsgründe.	134
	20.8.3	Kein Beweis – aber Verdachtskündigung	134
	20.8.3.1	Nur bei schwerem Vorwurf	135
	20.8.3.2	Alle Ermittlungsoptionen ausgeschöpft.	135
	20.8.3.3	Anhörung.	135
	20.8.3.4	Zusammenfassung Verdachtskündigung.	136
20.9		Betriebsbedingte Kündigung	137
	20.9.1	Unternehmerische Entscheidung.	137
	20.9.2	Mildere Mittel: z. B. Abbau von Mehrarbeit/Umgestaltung der Arbeit.	138
	20.9.2.1	Auswahl der zu kündigenden Personen.	138
	20.9.2.2	Vergleichsgruppen.	138
	20.9.2.3	Qualifikation des betroffenen Arbeitnehmers	139
	20.9.3	Sozialauswahl	139
	20.9.3.1	Sozialkriterien	140
	20.9.3.2	Besondere Interessen des Arbeitgebers	141
20.10		Schwangerschaft	141
20.11		Schwerbehinderung und Gleichstellung mit der Schwerbehinderung.	142
20.12		Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes oder des internen Datenschutzbeauftragten	143
20.13		Anhörung Betriebsrat, Mitarbeitervertretung oder Personalrat	143
20.14		Kündigungsschutz aus Tarifvertrag.	144
20.15		Druckkündigung	145
20.16		Änderungskündigung	146
20.17		Wenn es zur Kündigung kommt: der Kündigungsschutzprozess	146
	20.17.1	Formelle Aspekte	146
	20.17.2	Ablauf	146

	20.17.2.1	Ablauf des Prozesses vor dem Arbeitsgericht.	147
	20.17.2.2	Abfindungshöhe	148
21		Arbeitszeugnis	150
22		Tendenzbetrieb – die Arbeit für Kirche und Wohlfahrts- verbände	152
	22.1	Die Tätigkeit im Tendenzbetrieb/in der Kirche	152
	23.2	Konfessioneller oder karitativer Tendenzbetrieb	152
	22.3	Besondere Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses.	153
23		Selbstständig oder nicht selbstständig?	154
II		Haftung	157
1		Zivil- und Strafrecht	157
2		Was ist ein Behandlungsfehler?	158
	2.1	Standards	158
	2.2	Zeitpunkt	158
	2.3	Konkrete Situation	159
3		Beispiele für Standardabweichungen	159
	3.1	Pflegefehler	159
	3.2	Expertenstandards	160
	3.2.1	Expertenstandards in Pflegediensten und -heimen im SGB XI	161
4		Unterschiede zwischen Straf- und Zivilrecht	162
	4.1	Individuelle Umstände	162
	4.1.1	Übernahmeverschulden	162
	4.1.2	Berufserfahrung, besonders hohe Qualifikation	163
	4.2	Beweiserleichterung	164
	4.2.1	Was ist Beweiserleichterung?	164
	4.2.2	Gruppen der Beweiserleichterung	164
	4.2.3	Voll beherrschbares Risiko	165
	4.2.3.1	Dekubitus	165
	4.2.3.2	Stürze	167
	4.2.3.3	Sonstige Fallgruppen	168
	4.2.4	Mangelnde Befähigung des eingesetzten Mitarbeiters	169
	4.2.5	Grober Fehler	170
	4.2.6	Beweislastumkehr bei Dokumentations- mängeln	171
	4.2.7	Aufklärung	172
	4.2.8	Befunderhebungsfehler	173
	4.2.9	Kombination von Beweiserleichterungen	173
5		Gemeinsame Begriffe Straf- und Zivilrecht	174
	5.1	Gemeinsames Tun	174
	5.2	Garantenpflicht	174

6	Folgen der Haftung.....	176
6.1	Strafrecht	176
6.1.1	Einstellung, Strafbefehl oder Hauptver- handlung.....	176
6.1.2	Strafen im Strafverfahren	177
6.1.2.1	Geldstrafe	178
6.1.2.2	Freiheitsstrafe und Bewährung.....	178
6.1.2.3	Beispiele für strafrechtliche Ver- urteilung.....	179
6.1.2.4	Auflagen	179
6.1.3	Mittäter.....	180
6.2	Zivilrechtliche Ansprüche.....	180
6.2.1	Schmerzensgeld	180
6.2.2	Erwerbsausfall	182
6.2.3	Haushaltsführungsschaden.....	182
6.2.4	Behandlungskosten	183
6.2.5	Unterhaltsschaden.....	183
6.2.6	Hinterbliebenengeld	184
6.2.7	Pflegeschieden.....	184
6.2.8	Sonstiger materieller Schaden.....	184
6.2.9	Gesetzlicher Forderungsübergang	184
6.2.10	Beispiele aus der Rechtsprechung	184
6.2.10.1	Sturz aus dem Toilettenstuhl	184
6.2.10.2	Sturz nur mögliche Schadensursa- che.....	186
6.2.10.3	Hinlauftendenzen	187
6.2.10.4	Suizid und geschlossene Fenster ...	188
6.2.10.5	Arzt zu spät hinzugerufen.....	189
6.3	Arbeitnehmerhaftung	190
6.3.1	Grundsatz – der Arbeitgeber haftet	190
6.3.2	Ausnahme: (Mit-)Haftung des Arbeitnehmers.	190
7	Einwilligungsfähigkeit und deren Ausfall.....	192
7.1	Einwilligungsfähigkeit.....	193
7.2	Jugendliche Patienten	193
7.3	Einwilligungsunfähige erwachsene Patienten	194
7.4	Verfahren beim nicht einwilligungsfähigen Patienten...	195
7.4.1	Betreuer/Vertreter	196
7.4.1.1	Vormundschafts- und Betreuungs- recht	196
7.4.1.2	Ehegattenvertretungsrecht	196
7.4.1.3	Nachrang der Betreuung – „Vollmacht sperrt Betreuung“	197

	7.4.1.4	Betreuer	197
	7.4.1.5	Handlungen von Bevollmächtigtem und Betreuer.	198
	7.4.2	Wille des Patienten	199
	7.4.2.1	Patientenverfügung	199
	7.4.2.2	Form der Patientenverfügung	199
	7.4.2.3	Inhalt der Patientenverfügung	199
	7.4.2.4	Ist die Patientenverfügung noch aktuell	200
	7.4.3	Die Pflege im Zusammenhang mit der Patientenverfügung	201
	7.4.3.1	Beratung durch Pflegefachperson ..	201
	7.4.3.2	Vergütung der Leistungen der Pflege im Zusammenhang mit der Beratung	202
	7.4.4	Mutmaßlicher Wille	203
	7.4.5	Betreuer und Bevollmächtigter	204
7.5		Funktion des Bevollmächtigten und des Betreuers	205
	7.5.1	In puncto ärztlicher Behandlung	205
	7.5.1.1	Prüfung der Patientenverfügung/ Ermittlung des mutmaßlichen Willens	205
	7.5.1.2	Einholung gerichtlicher Genehmi- gung	205
	7.5.2	In puncto sonstiger Vertretung	206
	7.5.3	Kontrolle des Betreuers und Bevollmächtigten.	206
7.6		Gefahr im Verzug	206
7.7		Zentrales Vorsorgeregister	207
	7.7.1	Sonderfälle des Patientenwillens	207
	7.7.1.1	Sittenwidrige Patientenverfügung, insbesondere Sterbehilfe	207
	7.7.1.2	Tödliche Dosis Medikamente	208
	7.7.1.3	„Unvernünftiger“ Wille des Patien- ten, Verweigerung der Bluttrans- fusion	208
	7.7.1.4	Suizid	209
8		Art und Weise der Aufklärung	210
	8.1	Inhalt.	210
	8.2	Gespräch.	210
	8.3	Aufklärung durch den Behandler.	211
	8.4	Patient will nicht aufgeklärt werden oder ist informiert .	211
9		Vorgehen bei Pflegefehlervorwurf.	212
	9.1	Eingehen auf Beschwerden.	212
	9.2	Strafverfahren.	213

9.3	Einholung von Gutachten.....	213
9.3.1	Gutachten des Medizinischen Dienstes.....	213
9.3.2	Schlichtungsausschuss bei der Pflegekammer..	214
9.3.3	Privatgutachten	214
9.4	Einschalten der Haftpflichtversicherung.....	215
9.5	Gerichtsverfahren	215
9.6	Sachverständigenauswahl	216
III	Die einzelnen Straftatbestände.....	217
1	Körperverletzung	217
1.1	Vorsatz und Fahrlässigkeit	217
1.2	Wann liegt eine Körperverletzung vor?.....	218
1.3	Einwilligung	218
1.4	Grenzen der Einwilligung.....	219
1.5	Körperverletzung bei Behandlungsfehler	219
1.6	Rechtfertigung: Notwehr/Nothilfe.....	219
2	Tötungsdelikte.....	220
3	Freiheitsentziehende Maßnahmen	221
3.1	Einführung.....	221
3.2	Welche Maßnahmen sind betroffen?.....	222
3.3	Konflikt zwischen Freiheit und Gefahr	223
3.3.1	Garantenpflicht oder Übernahmeverschulden .	223
3.3.2	Schutz Dritter vor dem Patienten	223
3.3.3	Gefahr gegen sich selbst	224
3.3.3.1	Einwilligungsfähiger Patient.....	224
3.3.3.2	Nicht einwilligungsfähige Patienten	225
3.3.4	Verfahrenspflegschaft	227
3.3.4.1	Verfahrenspfleger nach dem Werdenfelser Weg.....	228
3.4	Sturzrisiko	228
3.4.1	Notwendigkeit von Fixierungsmaßnahmen bei Sturzrisiko.....	229
3.4.2	Umsetzen von Fixierungsmaßnahmen bei Sturzrisiko.....	230
3.5	Einzelfälle	230
3.5.1	Bettgitter	230
3.5.2	Halbseitige Seitensicherung	231
3.6	FEM in der Einrichtung als Thema der Außenwirkung und Haftung.....	231
3.7	Heimrecht.....	231
4	Schweigepflicht und Datenschutz § 203 StGB	232
4.1	Wer unterliegt der Schweigepflicht?	232
4.2	Was unterliegt der Schweigepflicht?	233

4.3	Schweigepflicht gegenüber Dienstleistern wie IT-Firmen, Telefondienstleistern etc.	234
4.4	Schweigepflicht gegenüber Angehörigen und Polizei/ Ermittlungsbehörden	235
4.5	Schweigepflicht gegenüber Krankenkassen/Pflegekasse – gesetzliche Ausnahmen.....	235
4.6	Entbindung von der Schweigepflicht.....	236
4.7	Schweigepflicht und Honorarprozess	236
4.8	Schweigepflicht gegenüber Mitbehandelnden.....	237
4.9	Weitere Durchbrechungen der Schweigepflicht.....	237
4.10	Schweigerecht – Aussage vor Gericht	237
4.11	Verstoß ausnahmsweise: Keine Bindung an die Schweigepflicht	238
4.11.1	Ansteckende Krankheit – HIV.....	238
4.11.2	Kindesmisshandlung.....	239
4.11.3	Teilnahme am Straßenverkehr.....	239
4.11.4	Pflicht zur Weitergabe von Informationen	240
4.11.5	Zusammenfassung Schweigepflicht	240
5	Abrechnungsbetrug	241
5.1	Abrechnen nicht erbrachter oder nicht notwendiger Leistungen	241
5.2	Falsch abgerechnete Leistungen und Regresse	241
5.2.1	Streng formale Betrachtungsweise	241
5.2.2	Streng formale Betrachtungsweise auch im Strafrecht	243
5.2.3	Abrechnungsbetrug auch bei privaten Leistungen	243
5.2.4	Anwendungsfälle der streng formalen Betrachtungsweise	243
5.2.4.1	Höchstpersönliche Leistungserbringung.....	244
5.2.5	Falsche oder nicht ausreichende Dokumentation	244
5.2.6	Freie Wahl des Leistungserbringers.....	244
5.2.7	Grundsatz keine Empfehlung.....	245
5.2.8	Empfehlung mit hinreichendem Grund	245
6	Korruption im Gesundheitswesen §§ 299a/b StGB.....	247
6.1	Vorteil.....	247
6.1.1	Zuwendung an Dritte	248
6.1.2	Beraterverträge.....	248
6.1.3	Fortbildungsveranstaltungen	248
6.1.4	Übernahme von Leistungen	248

6.2	Verbindung Vorteil/Empfehlung.	249
6.3	Relevanz für die Pflege.	249
7	Was tun bei strafrechtlicher Verfolgung?.....	250
IV	Entlassmanagement durch das Krankenhaus.	251
1	Rahmenvertrag zum Entlassmanagement.	251
2	Versorgungsmöglichkeiten und -strukturen für die Anschlussversorgung.	254
2.1	Antrag auf Sachleistung bei der Pflegeversicherung.	254
2.2	Verordnung häuslicher Krankenpflege.	255
2.3	Verordnung außerklinischer Intensivpflege.	257
2.4	Kurzzeitpflege bei fehlender Pflegebedürftigkeit.	260
2.5	Haushaltshilfe.	260
2.6	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.	261
2.7	Spezialisierte ambulante Palliativversorgung.	262
2.8	Krankentransportleistungen.	263
2.9	Übergangspflege im Krankenhaus.	265
V	Arzneimittel.	267
1	Off-Label-Use.	267
2	Aufklärung und Haftung.	267
3	Abgabe von Medikamenten durch Pflegefachpersonen.	268
3.1	Nach ärztlicher Anweisung.	269
3.2	Bedarfsmedikation.	270
3.3	Abgabe von nicht verschreibungspflichtigen Medika- menten ohne ärztliche Verordnung.	271
4	Lagerung von Arzneimitteln.	272
5	Zusammenarbeit mit Apotheken.	273
6	BtMG.	275
7	FAQ – Arzneimittel.	276
7.1	Injektionsfertige Medikamente.	276
7.2	Haltbarkeit.	277
7.3	Teilen von Tabletten.	277
7.4	Zerkleinerte Tabletten.	278
7.5	Richten von Arzneimitteln auf Vorrat.	278
7.6	Zerschneiden von transdermalen Pflastern.	279
VI	Abrechnung im Gesundheitswesen.	281
1	Vertragliche Regelungen in der häuslichen Krankenpflege.	281
1.1	Rahmenvertrag gemäß §§ 132 und 132a SGB V zur Erbringung von häuslicher Krankenpflege und Haus- haltshilfe.	281
1.1.1	Außerklinische ambulante Intensivpflege.	282
1.1.2	Psychiatrische Krankenpflege.	286

	1.1.3	Anforderungen an die Eignung von spezialisierten Leistungserbringern zur Versorgung von chronischen und schwer heilenden Wunden	287
	1.1.4	Regelungen zu den Grundsätzen der Vergütung und ihrer Strukturen einschließlich der Transparenzvorgaben für die Vergütungsverhandlungen zum Nachweis der tatsächlich gezahlten Tarifröhne oder Arbeitsentgelte und für die Vergütung von längeren Wegezeiten. ...	290
	1.1.4.1	Einzelverhandlung.....	291
	1.1.4.2	Gruppen- bzw. Kollektivverhandlungen.....	291
	1.1.4.3	Vergütungsformen.....	292
	1.1.4.4	Vergütung von Wegezeiten	292
	1.1.5	Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen.....	293
	1.2	Buchführung und Rechnungswesen	294
	1.3	Abrechnungsbetrug.....	295
	1.4	Rezepte einsammeln	297
2		Abrechnung in der stationären Pflege	298
	2.1	Kostenübernahme durch das Sozialamt	300
	2.2	Heimgesetz.....	301
	2.2.1	Heimbeirat	302
	2.2.2	Anforderungen an ein Heim	302
	2.3	Heimarzt.....	308
	2.4	Medikamentenversorgung	309
	2.4.1	Verblisterung in der Apotheke.....	309
3		Pflegebuchführungsverordnung (PBV)	311
4		Abrechnungen im Krankenhaus	314
	4.1	Duale Finanzierung.....	314
	4.2	Gesetz über die Entgelte für voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen (Krankenhausentgeltgesetz – KHEntgG)	317
	4.3	Pflegebudget.....	318
	4.3.1	Wahlleistungen	321
	4.3.2	Belegärzte	322
	4.4	Pflegepersonalbemessungsverordnung (PPR 2.0)	323
	4.5	Zusatzentgelt für Pflegebedürftigkeit.....	334
5		Entgeltsystem Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (PEPP)	335
6		Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).....	335

VII	Ein Wort zu Versicherungen	341
1	Einführung	341
2	Makler oder Agent	341
3	Beim Versicherungsantrag: Nichts beschönigen oder weglassen	342
4	Die einzelnen Versicherungen	343
4.1	(Berufs-)Haftpflichtversicherung	343
4.2	Rechtsschutzversicherung	344
4.3	Berufsunfähigkeitsversicherung	346
4.4	Private Unfallversicherung	348
5	Selbstständige und Freiberufler	349
VIII	Delegation ärztlicher Leistung und Heilkunde durch Pflegefachpersonen	351
1	Einführung	351
2	Haftung bei Delegation	352
3	Stellung des Delegierenden	353
3.1	Auswahl des Delegationsempfängers	354
3.2	Instruktionspflichten des Delegierenden	354
3.3	Kontrolle der Durchführung	354
3.4	Einwilligung durch den Patienten	355
3.5	Dokumentation	355
3.6	Einwendungen des Delegationsempfängers	356
3.7	Delegationsfähige Leistung	356
4	Haftung des Delegationsempfängers	356
4.1	Beschwerde- oder Remonstrationspflicht	356
5	Haftung des Trägers	358
6	Arbeitsrechtlicher Kontext	359
6.1	Keine Arbeitsverweigerung	359
6.2	Haftung des Arbeitnehmers	359
7	Zulässigkeit der Delegation	360
7.1	Grund- und Behandlungspflege	360
7.2	Grundsätzlich nicht delegationsfähige Leistungen	361
7.2.1	Katalog der nicht delegationsfähigen ärztlichen Leistungen	362
7.3	Assistenz durch Pflegefachpersonen	362
7.4	Formale Qualifikation	362
7.5	Kompetenzbasierte Qualifikation	363
8	Heilkunde durch Pflegefachpersonen	364
9	Elektronischer Heilberufsausweis (eHBA)	366
10	Empfehlung von Hilfsmitteln und Pflegehilfsmitteln durch Pflegefachpersonen	367
11	Ausstellen einer Verordnung zur häuslichen Krankenpflege durch Pflegefachpersonen	369

<i>Literaturverzeichnis</i>	375
<i>Stichwortverzeichnis</i>	385
<i>Die Autoren</i>	393